

Antragsbereich A / Antrag A2

AntragstellerInnen: AsF-Bezirkskonferenz Unterfranken

A2: Sozialversicherungspflicht ab dem 1. Euro

Die AsF Unterfranken fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Sozialversicherungspflicht für alle Erwerbsverhältnisse beinhaltet.

5 **Begründung**

Frauen stellen gut 70 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnssektor.

Eine eigenständige Existenzsicherung ist in diesen Arbeitsverhältnissen nicht gegeben. Selbst während der Pandemie erhielten die Minijobber*innen wegen fehlender Sozialversicherungspflicht kein Kurzarbeiter*innengeld!

Durch die Erhöhung des Mindestlohnes sind erste wichtige Schritte erreicht. Dies begrüßen wir ausdrücklich, jedoch die damit erfolgte Erhöhung der Sozialversicherungsfreiheit auf 512€ lehnen wir kategorisch ab.

15

Diese Zustände sind untragbar und müssen unverzüglich geändert werden.